

Liberaler Innen- und Rechtspolitik sichert Bürgerrechte!

Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik sind so viele und so tiefe Eingriffe in Freiheit und Eigentum der Bürger in so kurzer Zeit vorgenommen worden, wie unter der rot-grünen Bundesregierung in den letzten Jahren. Liberale aber betrachten den Schutz der Freiheit und des Eigentum der Bürger stets als ihre vornehmste Aufgabe. Wir stehen für eine Innen- und Rechtspolitik, die klare Vorgaben macht, wie Sicherheit und Freiheit in einen liberalen Ausgleich gebracht werden können. **Hier unsere zentralen Anliegen:**

1. Die Entnahme von DNA beim Menschen, die Speicherung, Verarbeitung oder Weitergabe der DNA-Muster zu Zwecken der Strafverfolgung darf auch weiterhin nur bei Straftaten von erheblicher Bedeutung erfolgen. Keinesfalls darf die **DNA-Analyse** zur Standardmaßnahme bei der Verbrechensbekämpfung werden, da im Erbgut hochsensible Informationen (z.B. über Krankheiten) verborgen liegen. Außerdem erteilt die FDP der flächendeckenden Erhebung von **digitalisierten Fingerabdrücken** für jedem Personalausweis oder Reisepass und erst recht der Anlage einer zentralen Datei mit diesen Daten eine klare Absage.

2. **Lauschangriffe** und **Telefonüberwachungen** dürfen nur dann möglich sein, wenn sie gesetzlich legitimiert sind, richterlich kontrolliert werden und die Betroffenen im Anschluss an die Maßnahmen informiert werden.

3. Die FDP fordert die Abschaffung der sog. **Steueridentifikationsnummer**, die seit dem 1. Juli 2004 jedem Neugeborenen zugewiesen wird und an die kontrollstaatliche Personenkennziffer in der ehemaligen DDR erinnert.

4. Die FDP lehnt das von Rot-Grün beschlossene Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit und die damit einhergehende Aushöhlung des **Bankgeheimnisses** ab, da hierdurch jeder Bürger unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung

gestellt und dem Finanzplatz Deutschland geschadet wird.

5. Die **Videoüberwachung durch Private** wie z.B. in Kaufhäusern oder Tankstellen bedarf präziserer rechtlicher Rahmenbedingungen. Ebenso müssen klare und praktikable Regelungen für den Bereich des Adresshandels geschaffen werden, damit die Bürger nicht Opfer einer unerwünschten Flut von Werbung werden.

6. Die FDP wendet sich gegen eine **automatische Kennzeichenerfassung** auf deutschen Straßen ohne konkreten Anlass.

7. Die FDP fordert die Aufhebung des derzeitigen **EU-Fluggastabkommens mit den USA**, aufgrund dessen sensible personenbezogene Fluggastdaten an US-Behörden weitergegeben werden.

8. Die **Videoüberwachung öffentlicher Plätze** ist als flächendeckendes Instrument der Verbrechensbekämpfung ungeeignet, weil sie niemals die Arbeit engagierter Polizeibeamter ersetzen kann. Sie soll lediglich im Einzelfall an Kriminalitätsschwerpunkten zulässig sein.

9. Fahndungstechniken wie die **Rasterfahndung**, mit deren Hilfe massenhaft Daten erhoben, gespeichert und ausgewertet werden, dürfen nur restriktiv angewandt werden.

10. Die beste Sicherheitspolitik ist für Liberale die Verhinderung von Straftaten. Wirksame **Prävention** verlangt aber auch konsequente Strafverfolgung, damit sie ihre Akzeptanz und Autorität behält.

11. Die FDP wendet sich gegen Einschränkungen der Grundrechte der **Versammlungs- und Meinungsfreiheit**. Eine Versammlung darf nicht allein wegen der dort zu erwartenden radikalen Äußerungen verboten werden. Der Rechtsstaat ist stark genug, extremistischen Exzessen von links und rechts mit den bestehenden Gesetzen entschlossen zu begegnen. Die offene politische Auseinandersetzung mit den Extremisten muss die

bisherige Politik aus „Rechts oder Links liegen lassen“ und Verbotsphantasien ersetzen.

12. Die FDP erteilt jedem Angriff auf das rechtsstaatliche Trennungsgebot, wie z.B. durch die Einführung einer allgemeinen **Anti-Terror-Datei** von regulären Ermittlungsbehörden und Nachrichtendiensten, eine Absage.

13. Verdachts- und ereignisunabhängige Kontrollen, wie sie die **Schleierfahndung** durch den Bundesgrenzschutz vorsieht, widersprechen der rechtsstaatlichen Struktur der deutschen Polizeirechte und kommen daher für die FDP nicht in Frage.

14. Die sog. „**Caroline-Entscheidung**“ des Europäischen Gerichtshofes darf nicht zum Anlass genommen werden, um die grundgesetzlich verbürgte Presse-, Meinungs- oder Kunstfreiheit zu beeinträchtigen.

15. Die notwendige **Bekämpfung des Terrorismus** darf nicht zur Stigmatisierung von Mitgliedern bestimmter Kulturkreise oder Religionsgemeinschaften führen.

16. In jedem Staat muss es für die Menschen einen festen Kern an Gemeinsamkeiten geben, der aus der Sprache und dem Gebot rechtstreuen Verhaltens besteht. Die FDP setzt sich daher für bedarfsorientierte und zielgruppengerechte **Sprach- und Integrationskurse** für ausländische Mitbürger ein.

17. Die FDP spricht sich vehement gegen den Vorschlag aus, allein aus Gründen der Kostenreduktion den **Rechtsweg** zu begrenzen und die **zweite Tatsacheninstanz** abzuschaffen.

18. Für den gesamten Bereich des Strafvollzugs muss das Ziel der **Resozialisierung** gelten. Das Rückfallrisiko steigt bedeutend an, wenn Gefangene ohne jede Vorbereitung durch resozialisierende Maßnahmen in die Freiheit entlassen werden.

19. Die Situation der **Opfer von Straftaten** muss in rechtlicher, tatsächlicher und psychologischer Hinsicht gestärkt werden. Im Jugendgerichtsgesetz muss die Möglichkeit der Nebenklage und die Bereitstellung eines Opferanwalts eingeführt werden.

20. Die FDP lehnt eine präventive Ermittlungskompetenz des **Bundeskriminalamts** - wie sie von Bundesinnenminister Schily vorgeschlagen wird - ab. Gefahrenabwehr muss weiterhin in den Händen der Länder liegen, auf dem Wege der Amtshilfe kann der Bund den Ländern aber spezielles Know-How zur Verfügung stellen.

21. Die FDP spricht sich gegen ein eigenes **Einsatzrecht der Bundeswehr im Innern** aus - auch was den Abschuss von Flugzeugen mit unschuldigen Passagieren an Bord angeht.

22. Die FDP fordert, dass die **EU-Antidiskriminierungsrichtlinien** eins zu eins umgesetzt werden. Die darüber hinausgehenden Maßnahmen der rot-grünen Bundesregierung stellen einen Eingriff in die Vertragsfreiheit dar und sind mit den Grundsätzen der FDP nicht vereinbar.

23. **Unterhalt** ist künftig vorrangig unter den anspruchsberechtigten Kindern aufzuteilen. Erst dann folgen die Ehegatten. Für einen alleinerziehenden Elternteil und jedes Kind fordert die FDP einen kumulierbaren **Steuerfreibetrag** von 7.700 Euro.

24. Die FDP fordert gesetzliche Regelungen zur Bindungswirkung von **Patientenverfügungen**. Therapiewünsche, -begrenzungen und -verbote müssen durch eine schriftliche Patientenverfügung für jeden Zeitpunkt eines Krankheitsverlaufs möglich sein.

25. Die FDP setzt sich dafür ein, dass die Wahl eines Betreuers (Vormunds) durch die sog. **Vorsorgevollmacht** des Betreuten erfolgt.

26. **Europol-Beamten** darf bei ihren Ermittlungen keine Immunität zustehen. Mit Liberalen gibt es keine „Lizenz zum Rechtsbruch“.



Prof. Dr. Ulrich Goll

Justizminister des Landes Baden-Württemberg,
stv. Landesvorsitzender der FDP

Telefon: 0711/2792100
Telefax: 0711/2792106
E-Mail: minister@jum.bwl.de
Internet: www.jum.baden-wuerttemberg.de



Birgit Homburger MdB

Landesvorsitzende der FDP,
stv. Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion,
Sprecherin für Umweltpolitik und Bürokratieabbau

Telefon: 030/22771209
Telefax: 030/22776782
E-Mail: birgit.homburger@bundestag.de
Internet: www.homburger.de



FDP Baden-Württemberg
Rotebühlstr. 133
70197 Stuttgart
Telefon 0711/666 18 -0
Telefax 0711/666 18 12
E-Mail: fdp-bw@fdp.de
Internet: www.fdp-bw.de

Liberaler Bürgerrechte

Die Kraft der Freiheit.

